



JUNGE UNION  
NORDWÜRTTEMBERG

# **GESELLSCHAFT 4.0**

**Leitantrag zum 45. Bezirkstag  
der Jungen Union Nordwürttemberg  
am 7. und 8. April 2018 in Neresheim**

## **Inhaltsverzeichnis**

1. Netzausbau und schnelles Internet – das digitale Entwicklungsland Deutschland.....	3
2. Wandel der Arbeitswelt.....	4
3. Mobilität, Smart Cities und Smart Countys – Start für effiziente Konzepte.....	5
4. Chancen für alle dank digitaler Bildung.....	6
5. E-Government – Unser Land fit für die Zukunft machen!.....	7
6. Datenschutz: Selbstbestimmung trotz Echo, Siri und Co.....	8

## **Autoren:**

Stefan Baumhauer, Stefanie Sonnentag, Christian Steck, Thrasivoulos Malliaras, Hannes Griepentrog, Matthias Miller, Ann-Cathrin Simon

## 1. Netzausbau und schnelles Internet – das digitale Entwicklungsland Deutschland

Wir in Deutschland und vor allem wir als JU setzen uns immer wieder das Ziel, einer der Vorreiter der Digitalisierung zu werden. Wie aber sollen wir dieses Ziel erreichen, wenn wir es noch nicht schaffen auch ländliche Regionen flächendeckend mit einem stabilen Mobilfunknetz auszustatten? Wie sollen wir das Konzept der Smart Cities realisieren, wenn wir mit dem Auto oder der Bahn noch immer von Funkloch zu Funkloch fahren?

Die Chancen der Digitalisierung können nur genutzt werden, wenn die entsprechende Infrastruktur hierfür bereitsteht. Ein wichtiger Standortfaktor für die Wirtschaft wie auch für Privatpersonen ist daher der örtliche Netzausbau – denn nur wer Zugang zu schnellem Internet hat, kann im Wettbewerb der Digitalisierung mithalten.

Mit einer LTE-Verfügbarkeit von lediglich 65,67 Prozent und einer LTE-Downloadrate von 22,68 Megabit pro Sekunde ist Deutschland laut einer Studie des britischen Unternehmens OpenSignal, die im Februar 2018 veröffentlicht wurde, im europäischen Vergleich mit Platz 31 bzw. 32 als eines der Schlusslichter einzuordnen. Zwar besitzen größere Städte laut der Bundesnetzagentur bereits eine Ausbaudeckung von 90 Prozent. Jedoch sinkt dieser Anteil rapide ab, je ländlicher die Region ist – auf bis zu 36 Prozent. Beachtet man, dass rund 43 Prozent aller baden-württembergischen Unternehmen ihren Sitz im ländlichen Raum haben und knapp 34 Prozent der Bevölkerung im ländlichen Raum leben, so gilt es diesem Gefälle dringend entgegenzuwirken.

### **Wir als Junge Union Nordwürttemberg fordern daher:**

- **Ausschließlich der Netzausbau durch Glasfaser** soll mit öffentlichen Mitteln gefördert werden. Modelle wie Vectoring bei Kupferleitungen sollen aufgrund ihrer mangelnden Zukunftsfähigkeit nicht förderfähig sein.
- Seit der Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes durch die Europäische Union ist es grundsätzlich Aufgabe der Telekommunikationsunternehmen, sprich der Privatwirtschaft, die Versorgung mit Breitband sicherzustellen. Daher bedarf es entsprechender **staatlicher Förderprogramme** in den für die Telekommunikationsfirmen weniger lukrativen Regionen.
- Langfristig bleibt Deutschland für Wirtschaft wie Familien nur attraktiv, wenn jeder Haushalt und jedes Unternehmen – egal ob in ländlichen oder urbanen Gebieten – direkt an das Glasfasernetz angebunden ist. Die Landesregierung hat sich hierfür das Ziel eines flächendeckenden „Fiber to the Curb“-Netzen gesetzt, sprich Glasfaserleitungen bis zu den Verteilerkästen und ab da Kupferleitungen als Hausanschlüsse. Wirklich zukunftsfähig können wir jedoch nur sein, wenn wir Glasfaser bis in die Wohnung verlegen, weshalb wir bei Neuabauten die **flächendeckende Einrichtung von „Fiber to the Home“-Anschlüssen** fordern.
- **Bis 2024** muss ein **bundesweit flächendeckendes 5G-Mobilfunknetz** für jeden nutzbar sein.
- Um die Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel attraktiver zu machen, fordern wir, dass **bis 2020 alle öffentlichen Busse und Züge mit einem kostenlosen WLAN-Zugang** ausgestattet sind.
- Damit das flächendeckende 5G-Mobilfunknetz auch vollumfänglich genutzt werden kann, muss unbegrenztes Datenvolumen durch die Mobilfunkanbieter zu Verfügung gestellt werden.
- Außerdem muss es bis 2020 zur Grundausstattung jedes Zuges im Nah- und Fernverkehr gehören, dass den Fahrgästen ein Steckdosen- und USB-Anschluss pro Sitzreihe zur Verfügung gestellt wird.

## 2. Wandel der Arbeitswelt

Durch den Einsatz leistungsfähiger Datenaufbereitung, -auswertung und -verarbeitung folgt eine Beschleunigung zahlreicher Prozesse in vielen Industriezweigen sowie in der Verwaltung. Dank der dadurch geschaffenen Möglichkeiten können nicht nur individuelle Kundenwünsche berücksichtigt, sondern komplett neue industrielle Produkte und Geschäftsmodelle entwickelt werden.

Ständige Erreichbarkeit, keine Abhängigkeit von Ort oder Zeit der Leistungserbringung und die wachsenden Anforderungen bringen mehr Verantwortung für den Einzelnen mit sich – aber auch die Möglichkeit, die Arbeitszeit individuell einzuteilen und somit Beruf, Familie, Freizeit und Ehrenamt zu vereinbaren.

In zahlreichen Großkonzernen werden die neuen Möglichkeiten schon erprobt. So gründen große Konzerne Start-up-Ausgliederungen, die ohne Wasserkopf und mit schlanken Prozessen schnell neue Ideen entwickeln können. Dadurch wird versucht, den Rückstand gegenüber den rasanten Entwicklungen im Silicon Valley bei neuen Geschäftsmodellen aufzuholen. Der große Vorteil unseres „deutschen Modells“ durch langfristige Mitarbeiterbindung und Konstanz darf dabei allerdings nicht leichtsinnig über Bord geworfen werden. Durch Erfahrung und Kompetenzaufbau werden Mitarbeiter in Zukunft noch entscheidender für den Erfolg eines Unternehmens, da durch die Digitalisierung prinzipiell jedem Wettbewerber schnell der Zugriff auf die entsprechenden Werkzeuge zur Verfügung steht. Innovation und kundenorientiertes Wissen werden die wettbewerbsentscheidenden Hebel sein.

Auch wenn heute noch niemand abschätzen kann, wie wir in 20 Jahren leben werden und welche Visionen wirklich umgesetzt werden, ist es Aufgabe der Politik, die Rahmenbedingungen für diesen Wandel zu setzen. Die Fragestellungen bleiben aber die gleichen wie in der Vergangenheit:

Was ist gute Arbeit? Wie können Unternehmen innovativ sein und bleiben? Wie sichern wir nachhaltig unseren Wohlstand und unsere Stellung in der globalisierten Weltwirtschaft mit steigendem Innovationsdruck und Wettbewerb?

### **Wir fordern als Junge Union Nordwürttemberg daher:**

- **Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes** für betriebliche und private Belange:
  - Wechsel von starrer 10-Stunden-Begrenzung pro Tag zu individuell vereinbarter Arbeitszeit innerhalb der gültigen maximalen gesetzlichen Wochenarbeitszeit
  - Aufhebung der 11-Stunden-Regel (Pause zwischen Arbeitsende und Arbeitsbeginn), falls nicht im Betrieb gearbeitet wird, um selbstbestimmtes mobiles Arbeiten zu ermöglichen
  - die konkrete Ausgestaltung der Arbeitszeit soll den Vertragspartnern überlassen werden (Arbeitgeber ↔ Mitarbeiter, Geschäftsleitung ↔ Betriebsrat, Arbeitgeberverbände ↔ Gewerkschaften)
- Gesetzesrahmen zur **Mitarbeiterbindung** durch Belegschaftsaktien und Betriebsrente auch in kleinen und mittelständischen Unternehmen zur Altersvorsorge und zur Förderung von langfristigen Arbeitsverhältnissen
- Gesetzesrahmen zur **Schaffung eines Lebensarbeitszeitkontos** für Arbeitnehmer durch Ansparen von bis zu fünf Urlaubstagen pro Jahr und Übertragung von Überstunden in einen langfristigen Puffer für die spätere Verwendung (Sabbatjahr, Erziehung, Pflege), Absicherung der vorgeleisteten Zeiten durch den Arbeitgeber

- klare **Kommunikation durch die Politik**, dass die Digitalisierung nicht alle Berufszweige betrifft und in vielen Berufen und Branchen mittelfristig nur kleine Änderungen zu erwarten sind. Es darf keine Angst in der Bevölkerung entstehen, durch die neuen Möglichkeiten nicht mehr benötigt zu werden. Die Digitalisierung ist nur die logische Fortsetzung des technischen Fortschritts.

### **3. Mobilität, Smart Cities und Smart Countys – Start für effiziente Konzepte**

#### **a. Car-Sharing-Angebote**

Car-Sharing führt *mittelfristig* zu erheblichen Effizienzsteigerungen im Umgang mit der Ressource Auto. Davon profitieren sowohl die Bürger als auch die öffentliche Hand. Durch ein breites Car-Sharing-Angebot sind Parkplätze in engen Innenstadtbezirken seltener dauerhaft belegt, wodurch insgesamt der Bedarf an Parkplätzen sinkt und auch wertvoller Grund für den Wohnungs- und Gewerbebau geschaffen werden kann. Zudem wird der ÖPNV entlastet. Insgesamt werden Fahrzeuge effizienter, flexibler und umweltfreundlicher genutzt. Der Anteil der verfügbaren Car-Sharing-Fahrzeuge an den zugelassenen PKWs ist allerdings gegenwärtig noch gering. In Nordwürttemberg präsentiert lediglich die Landeshauptstadt Stuttgart ein zuverlässiges Angebot. Im ländlichen Raum sucht man dagegen vergeblich nach entsprechenden Car-Sharing-Optionen.

#### **Wir als Junge Union Nordwürttemberg fordern daher:**

- Das Land und der Bund sollen durch den Ausbau von geeigneter Infrastruktur insbesondere im ländlichen Raum zur Weiterentwicklung von Car-Sharing beitragen. Der Gesetzgeber muss die rechtlichen Grundlagen zur Einführung alternativer Fahrdienstangebote schaffen.

#### **b. Autonomes Fahren**

*Langfristig* wird die Effizienz in der Mobilität durch autonomes Fahren beträchtlich steigen. Als weltweit führender Technologiestandort Deutschland und Nordwürttemberg muss es unser Anspruch sein, Weltspitze in der Forschung und Entwicklung von autonom fahrenden Autos zu werden. Es wird aller Voraussicht nach ein immenser Wirtschaftsmarkt entstehen, der maßgeblich durch deutsche Technologien geprägt sein muss. Die Politik muss hierzu die Rahmenbedingungen richtig setzen, damit ergebnisoffene und freie Forschung für die Industrie möglich ist. Das BMVI hat bereits Ergebnisse der eingesetzten Ethik-Kommission „Automatisiertes und Vernetztes Fahren“ vorliegen und digitale Testfelder zur Erprobung von neuen Technologien definiert. Testfelder befinden sich auf der A9 in Bayern sowie in den Städten Berlin, Braunschweig, Dresden, Düsseldorf, Hamburg, Ingolstadt und München. Kein Testfeld liegt in Baden-Württemberg. Und das, obwohl in der Region Stuttgart zwei Automobilhersteller – Porsche und Daimler – entwickeln und produzieren. Kurze Wege zwischen der Forschung und Erprobung sind aber essentiell für zügigen Fortschritt.

#### **Wir als Junge Union Nordwürttemberg fordern daher konkret für Nordwürttemberg:**

- Ein **digitales Testfeld für autonomes Fahren** muss für die Region Stuttgart kreisübergreifend freigegeben werden. Es soll sich auf die Land- und Stadtkreise Böblingen, Ludwigsburg, Stuttgart, Rems-Murr, Esslingen und Göppingen erstrecken. So kann das autonome Fahren in verschiedenen Verkehrssituationen (Stadt, Landstraße, Ortschaften, Bundesstraßen und Autobahnen) evaluiert werden.

- Das BMVI hat in Zusammenarbeit mit der Daimler AG, anderen Automobilherstellern und Technologieunternehmen an forschungsrelevanten Stellen **einheitliche Sensoren für Vehicle-to-Infrastructure Kommunikation** in dem neu zu definierenden Testfeld zu installieren.

### c. Smart Cities und Smart Countys

Die Diskussion über die Chancen und Vorteile der Digitalisierung für Kommunen wird im Wesentlichen unter dem Begriff „Smart City“ diskutiert. Im November 2017 hat die Stadt Bonn und die Deutsche Telekom das Projekt „Smart City Bonn“ gestartet. Es verspricht die intelligente Vernetzung von Straßenlaternen, Abfallcontainern und die Messung der Luftqualität mittels eines weiten Sensorsystems. Tragfähige Ergebnisse der Smart City Konzepte lassen sich nur erzielen, wenn in mehreren deutschen Städten Smart City Ansätze umgesetzt werden. Dabei darf sich die Digitalisierung der Kommunen nicht auf Städte beschränken. Auch der ländliche Raum muss digitalisiert werden – Smart County.

### Wir fordern als Junge Union Nordwürttemberg daher:

- Das BMVI soll bis 2019 auf eine Rahmenvereinbarung mit der Deutschen Telekom oder anderen Digitalunternehmen hinwirken, um **Smart City Konzepte in verschiedenen Regionen Deutschlands testen** zu können.
- Unabhängig von einem Rahmenvertrag ist **in den Städten Stuttgart und Heilbronn** bis 2020 ein **Smart City Konzept** entsprechend dem Vorstoß von Bonn einzuführen. **Im ländlichen Raum** ist ein **Smart County Konzept** mit Unterstützung des Bundes und des Landes zu entwickeln und zu testen.

## 4. Chancen für alle dank digitaler Bildung

Für uns ist es ein zentrales Ziel, dass die Digitalisierung nicht nur einigen wenigen nutzt, sondern dass sie neue Chancen für alle bietet. Um eine digitale Spaltung der Gesellschaft zu verhindern, ist es essentiell, dass langfristig alle Menschen über die zentralen Kenntnisse und Fähigkeiten, die es braucht, um die neuen Chancen produktiv zu nutzen.

Medienkompetenz bedeutet für uns zweierlei: Das Wissen über Medien, das für eine reflexive Nutzung notwendig ist. Medienerziehung ist auch Werteerziehung: Sie muss dazu dienen, die freie Entfaltung der Menschen in ihrer Eigenverantwortung zu stärken.

Diese Medienkompetenz muss von Anfang an vermittelt werden: Im Elternhaus, in der Grundschule und in weiterführenden Schulen, während der Ausbildung ebenso wie an der Hochschule. Dabei wird für die Zukunft nicht die Anwendungskompetenz im Vordergrund stehen. Vielmehr muss ein grundlegendes Verständnis der Chancen und Risiken von Technologie in der Gesellschaft verankert werden.

### Wir als Junge Union Nordwürttemberg fordern daher:

- **Lebenslanges Lernen:** Träger wie Volkshochschulen, Familienbildungsstätten sowie Kinder- und Familienzentren sollen dabei unterstützt werden, zielgruppenspezifische Angebote zur Stärkung der Medienkompetenz zu schaffen und auszubauen.
- **Kinder schützen:** Kinder- und Jugendschutz beim Medienumgang klappt am besten, wenn Eltern und Kinder die Medien gemeinsam nutzen. Softwarelösungen zum Jugendschutz sind oft nicht zielgenau und können pädagogisches Handeln vielleicht unterstützen, keineswegs aber ersetzen.

- **Technische Grundlagen schaffen:** Medienkompetenz in einem umfassenden Sinne erwirbt man nicht nur mit Tafel und Kreide, Papier und Stift, sondern über die produktive Auseinandersetzung mit dem Medium. Daher ist die technische Ausrüstung an allen Schulen und Hochschulen notwendige Voraussetzung. Dies beginnt bei Breitbandanschluss und WLAN in allen Klassenräumen und geht über Tablets oder Laptops ebenso wie smarten Tafeln und 3D-Druckern bis hin zur passenden Software. Um die Kommunikation zwischen Schülern und Lehrern zu erleichtern, sollte es möglich sein, dass Messengerdienste benutzt werden dürfen, die durch die Länder zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt werden.
- Dabei muss den Schülern der richtige Umgang mit Tablets und weiteren Medien beigebracht werden. Digitalisierung ist nur damit getan, Tablets und Whiteboards bereitzustellen, sondern es braucht eine gute didaktisch-methodische Verankerung im Unterricht.
- **Echter Informatikunterricht:** Künftig muss sichergestellt sein, dass Informatik (bzw. der bisherige ITG-Unterricht) in allen Klassen der weiterführenden Schulen von fachlich versierten Lehrerinnen und Lehrern durchgeführt wird. Die Noten sind separat in den Zeugnissen auszuweisen.
- **Lehrer und Dozenten fortbilden:** Ob analog oder digital – wenn ein Lehrer oder ein Dozent sich mit Medien oder Lernmethoden nicht wohlfühlt, wird er sie nicht produktiv im Unterricht einsetzen können. Wenn Wissen in diesem Bereich eine „geringere Halbwertszeit“ hat, sind auch häufigere Fortbildungen notwendig.

## **5. E-Government: Unser Land fit für die Zukunft machen!**

Es ist kaum überraschend, dass nach dem European Digital Progress Report der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2017 Deutschland in Sachen E-Government nur auf Platz 18 von 28 Staaten liegt. Dabei gehört der E-Government-Ansatz mittlerweile zur gesellschaftlichen, wie politischen Realität in Europa. Vor allem Estland geht hier mit gutem Beispiel voran, indem administrative und politische Prozesse im Laufe des vergangenen Jahrzehntes konsequent digitalisiert wurden.

Wie groß der deutsche Handlungsbedarf tatsächlich ist, zeigt der Blick in den Bereich der E-Administration. Gerade dieser ist für den Alltag des Bürgers sehr wichtig. Im Jahre 2018 sollte es selbstverständlich sein, dass der klassische Amtsgang, bspw. zur Beantragung von Dokumenten, auch auf digitalem Wege erledigt werden kann. Dies führt nicht nur zu einer höheren Zufriedenheit der Bürger mit den öffentlichen Dienstleistungen, sondern bedingt zugleich auch die Effizienzsteigerung von Verwaltungsabläufen, die zwangsweise beschleunigt werden.

Neben der Verwaltung muss auch die politische Willensbildung in den Mittelpunkt der Betrachtung gezogen werden. Schon seit Jahren haben sich in der Zivilgesellschaft Prozesse der E-Demokratie, bspw. durch Internetpetitionen, durchgesetzt. Schließlich darf die Digitalisierung auch vor der Parteiarbeit kein Halt machen. Die Digitalisierung der innerparteilichen Willensbildung bietet enorme Chancen und kann zugleich für viele Basismitglieder die Möglichkeit zum Ausdruck der eigenen Anliegen bedeuten.

### **Wir fordern als Junge Union Nordwürttemberg daher:**

- auf Bundesebene **ein strategisches Maßnahmenpaket**, welches besonders die Bereiche **E-Tax** zur digitalen Steuererklärung und **E-Business** zum Bürokratieabbau für Start-Ups in den Mittelpunkt rückt

- eine **Landesinitiative E-Polizei**, um gerade unsere Polizeibeamten von langandauernden administrativen Aufgaben zu entlasten
- die langfristige, dezentral organisierte und flächendeckende Einführung von **kommunalen Internetportalen** zum umfassenden Zugriff auf öffentliche Dienstleistungen in Baden-Württemberg
- Die Stärkung des elektronischen Ausweises im Bereich des E-Government und die Ausweitung beziehungsweise länderübergreifende Angleichung der Online Ausweisfunktionen.
- Im Zuge dieser Punkte muss die Cybersicherheit gewährleistet sein.

## 6. Datenschutz: Selbstbestimmung trotz Echo, Siri und Co.

Durch die fortschreitende Digitalisierung wird der Schutz privater Daten vor immer neue Herausforderungen gestellt. War es bis vor etwa 20 Jahren noch üblich, dass man möglichst wenige persönliche Informationen öffentlich preisgibt, hat sich dies bereits mit dem Aufkommen sozialer Netzwerke geändert. Während man seine Daten dort bewusst und freiwillig offenlegt, haben sich Smartphones, Tablets, Smartwatches und Heimassistenten zu heimlichen Datensammlern entwickelt. Funktionen wie „Ad-Tracking“ orten beispielsweise Nutzer, analysieren, in welchen Geschäften sie eingekauft haben und lassen den Browser sodann einschlägige Werbung anzeigen. Und Sprach- und Heimassistenten reagieren nur deshalb aus der Ferne auf Aufforderungen wie „Hey, Siri“, weil ihre Mikrofone permanent bei sämtlichen Gesprächen der Nutzer mitlauschen. Viele Menschen sind ob dieser umfassenden Möglichkeiten der Datensammlung durch Firmen wie Facebook, Amazon und Google usw. besorgt.

Auf der anderen Seite erachtet eine stark zunehmende Zahl von Nutzern die mit der modernen Technik einhergehenden Funktion als praktisch und nimmt die damit einhergehende Preisgabe ihrer Daten in Kauf.

### **Wir fordern als Junge Union Nordwürttemberg daher:**

- einen **modernen Datenschutz**, der beiden Interessen gerecht werden muss: Es wäre verfehlt, wenn man die genannten Funktionen aufgrund von Datenschutzbedenken komplett verbieten würde. Auf der anderen Seite muss man trotz der modernen Technik noch Herr der eigenen Daten bleiben können, ansonsten wäre das vom Bundesverfassungsgericht anerkannte Recht auf informationelle Selbstbestimmung nicht mehr gewahrt. Ein moderner Datenschutz sollte Unternehmen deshalb im ersten Schritt konsequenter als bisher dazu verpflichten, zunächst **Nutzer darüber aufzuklären, welche Daten das von ihnen gekaufte Produkt aufzeichnet** und weiterleitet. Im zweiten Schritt sollte Nutzern die Möglichkeit gegeben werden, **frei zu entscheiden, ob sie die jeweiligen Funktionen in Anspruch nehmen möchten** oder nicht. Dass diese Zweistufigkeit auch die im Mai 2018 in Kraft tretende europäische Datenschutz-Grundverordnung vorsieht, begrüßen wir ausdrücklich. Gleichzeitig müssen einige Auswüchse der DSGVO durch den europäischen Gesetzgeber eingeschränkt werden. Die Regelungen des Kunsturheberrechtsgesetzes zum Recht am eigenen Bild sind vollkommen ausreichend; die Standardregelung der DSGVO, nach der Abbildungen von Menschengruppen quasi im journalistischen Kontext möglich sind, gehen zu weit. Auch die Anforderungen, für was ein Verfahrensverzeichnis benötigt wird, sorgen für einen überzogenen bürokratischen Aufwand. Wünschenswert wäre auch eine Regelung nach



der die Parteimitgliedschaft alle in diesem Zusammenhang erhobenen, verarbeiteten und gespeicherten Daten zu den besonderen Kategorien personenbezogener Daten gehören.

- die **Hoheit über die eigenen Daten im Gesundheitswesen** muss in besonderem Maße **gewahrt bleiben**. Natürlich kann die Verwendung anonymisierter Patientendaten nicht nur zu Forschungszwecken und zur Effizienzsteigerung im Gesundheitswesen dienen, sondern sogar zu einer besseren Behandlung der Patienten beitragen. Gleichzeitig darf es aber nicht zum „gläsernen Patienten“ kommen. Gerade in diesem grundrechtssensiblen Schnittbereich von Intim- und Privatsphäre sollten Menschen darüber bestimmen dürfen, wie ihre persönlichen Daten von Dritten verwendet werden. Es darf deshalb nicht so weit kommen, dass jeder der seiner Krankenkasse nicht ständig umfassenden Einblick in seine Gesundheitsdaten gewährt – beispielsweise durch Messung der Herzfrequenz per Smartwatch – höhere Beiträge zahlt.